



Berlin, 20.11.2018

Thorsten Frei MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:
Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

Thorsten Frei: Weitere 65 Mio. EUR für Einbruchschutz „Niemand soll sich in Deutschland unsicher fühlen“

Auch im kommenden Jahr stellen wir weitere 65 Mio. EUR für das sehr erfolgreiche Einbruchschutzprogramm der Bundesregierung zur Verfügung. Wer Interesse an der Förderung eines gesteigerten Schutzes der eigenen vier Wände hat, kann sich auch künftig an die KfW wenden. Die Förderung umfasst zahlreiche Elemente wie beispielsweise den Einbau von einbruchshemmenden Türen und Fenstern, von Rollläden, Alarmanlagen, Beleuchtungssystemen, Spionen sowie Kamerasystemen und Gegensprechanlagen.

In den vergangenen zwei Jahren haben mehr als 200.000 Haushalte auf eine solche Förderung, deren Kosten sich auf 96 Mio. EUR belaufen, zurückgegriffen.

Erfreulicherweise wirken der verstärkte Schutz gegen Einbruch und die Sensibilisierung der Menschen für das Problem. Bundesweit sind Einbruchdiebstähle in den vergangenen zwei Jahren rückläufig. Bei uns in Baden-Württemberg sogar zum dritten Mal in Folge. Alleine im Jahr 2017 um 24 Prozent! Wir haben damit eine Trendwende geschafft.

Klar ist aber auch, dass der bessere Einbruchschutz nur eines von vielen Elementen ist, um das subjektive Gefühl der Unsicherheit zu bekämpfen, das viel zu viele Menschen in Deutschland besorgt. Schließlich ist Deutschland unverändert eines der sichersten Länder der Welt.

Um den positiven Trend bei rückläufigen Einbruchszahlen zu unterstützen, haben wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den aktuellen Haushaltsberatungen für die Stärkung der Inneren Sicherheit an verschiedenen Stellen eingesetzt. Denn niemand soll sich in seinem eigenen Land unsicher fühlen.

Im kommenden Jahr umfasst der Haushalt des Bundesinnenministeriums 1 Mrd. EUR zusätzlich im Vergleich zu 2018. Damit schaffen wir insgesamt 3.878 neue Planstellen bei den Bundesbehörden für öffentliche Sicherheit. Davon entfallen 2.369 Stellen auf die Bundespolizei und 476 Stellen auf das Bundeskriminalamt.